

## **Wie sozial ist die Soziale Marktwirtschaft?**

Vortrag zum 50. Jahrestag der Gründung der Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Kolleginnen und Kollegen der IG Metall

Berlin 8. Juni 2013

### **I. Die soziale Frage kehrt zurück**

Auf der Berlinale, dem großen Filmfestival, erregte in diesem Jahr ein Film des britischen Regisseurs Ken Loach Aufsehen. Unter dem Titel „*The Spirit of 45*“, der Geist von 1945, zeigte der Film, wie die Labour Party 1945 die absolute Mehrheit bekommen hatte und sich daran machte, einen Wohlfahrtsstaat mit Systemen der soziale Sicherheit aufzubauen, eine kostenlose Gesundheitsversorgung einzuführen, erhebliche Steuern auf Vermögen und hohe Einkommen zu erheben und die Schlüsselindustrien zu verstaatlichen. Doch fast alle dieser Errungenschaften fielen den harten Strukturreformen seit Margaret Thatcher, Premierministerin von 1979 bis 1990, zum Opfer.

Das zeigt: Auch wir haben vieles verloren! Dieses Eingeständnis müssen wir machen - nicht um resignativ zu werden oder vergangene Zeiten zu verklären, sondern um den Kopf klar zu bekommen. Vor zwanzig oder dreißig Jahre wäre es undenkbar gewesen, dass in einer Phase des Wirtschaftswachstums die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kaum Lohnzuwächse verzeichnen können. Man hätte es auch nicht für möglich gehalten, daß befristete Arbeit, Leiharbeit und Werkverträge sich wie ein Ring um normal abgesicherte Arbeitsplätze legen sollten. Der Exportvizeweltmeister Deutschland hat zum Ärger seiner europäischen Nachbarn mittlerweile den größten Niedriglohnsektor Europas. Man hätte es auch nicht für möglich gehalten, dass die Adenauer'sche Rentenreform, die einen gesicherten Lebensstandard mit einer dynamisierten Rente abgeschafft werden würde durch eine Rentenreform, die genau diese Ziele nicht mehr verfolgt. Die Folge ist, dass die überwundene Altersarmut zurückkehrt. Man hätte es auch nicht für möglich gehalten, dass der säkulare Trend der Arbeitszeitverkürzung umgekehrt werden würde. Mit dem Motto „Samstags gehört Papi mir“ wurde das freie Wochenende erkämpft. Doch mittlerweile ist der Samstag wieder weithin zu einem Normalarbeitstag geworden. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche ist längst Vergangenheit. Heute wird mit durchschnittlich fast 41 Stunden pro Woche in der Metallindustrie wieder genau so lang wie zu Beginn der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche gearbeitet. Statt um Arbeitszeitverkürzung geht die tagtägliche Auseinandersetzung in den Betrieben eher gegen die weitere Verlängerung und Ausfransung der Arbeit sowie gegen Zeitverdichtung und Stress. Vor allem aber wäre es vor dreißig Jahren eine solche Schieflage in der Vermögensverteilung unvorstellbar gewesen, die auch der 4. Armuts- und Reichtumsbericht bestätigt: Die untere Hälfte aller Haushalte verfügt nur über gut ein Prozent des gesamten Nettovermögens, während die reichsten zehn Prozent der Haushalte über die Hälfte des gesamten Nettovermögens besitzt. Nahezu der gesamte Vermögenszuwachs der letzten zehn Jahre ist an die oben zehn Prozent der Bevölkerung gegangen. Während über acht Millionen Menschen für Armutslöhne arbeiten, wa-

ren Deutschlands Vermögende noch nie so reich wie heute. Das reichste eine Prozent der Bundesbürger verfügt allein 35 Prozent des Gesamtvermögens im Lande.

Alle Untersuchungen stimmen darin überein, dass es mit der Gerechtigkeit in unserem Land schlecht bestellt ist. Das Meinungsforschungsinstitut Allensbach hat im Januar 2013 eine Umfrage geschaltet und gefragt: „Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?“ Nur 15 Prozent der Befragten sind mit ihrer Lage zufrieden, doch 69 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sagen, dass die Einkommen und Vermögen nicht gerecht verteilt sind. Die Menschen vermissen soziale Gerechtigkeit und wollen einen gerechteren Anteil am erwirtschafteten Reichtum. Kein Wunder, dass fast Zweidrittel der Menschen sagen, dass die soziale Gerechtigkeit abgenommen habe. Diese Entwicklung ist kein Naturereignis, sie ist ökonomisch gewollt und wurde politisch gemacht.

Trotzdem reden zahlreiche Politikerinnen und Politiker fast aller Parteien auch im fünften Jahr der Finanz und Wirtschaftskrise unverdrossen davon, dass wir eine Soziale Marktwirtschaft hätten und wetteifern darum, sich als Partei der Sozialen Marktwirtschaft präsentieren zu können. Die marktradikale FPD nennt sich eine „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ und die SPD bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft. Nicht anders die Bundeskanzlerin Angela Merkel, wenn sie ausführt: „Für die CDU war und ist die Soziale Marktwirtschaft mehr als nur eine wirtschaftliche Ordnung. Für uns ist sie auch ein Gesellschaftsmodell.“ Die „Soziale Marktwirtschaft“ ist zu einem Gemeingut einer Allparteienkoalition geworden. Bemerkenswert ist, dass es zeitgleich mit der Aufkündigung des solidarischen Gesellschaftsvertrags, der die alte Bundesrepublik bis Ende der 70-er Jahre prägte, zu einem überparteilichen Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft kam, das nach 1989 einen zusätzlichen Schub bekam. Das sollte gerade für christlich-demokratische Kollegen und Kolleginnen in der IG Metall und in der Gewerkschaft insgesamt Grund genug sein, nachzufragen und die Soziale Marktwirtschaft auf den Prüfstand zu stellen.

Ich möchte im Folgenden aufzeigen, dass die Soziale Marktwirtschaft eine anspruchsvolle Programmatik darstellt, die aus der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929/1931 ihre Folgerungen gezogen hat und vor allem ein weitreichendes gesamteuropäisches Reformvorhaben bedeutete. Ihre beiden Grundsäulen sind: Soziale Regulierung des Marktes und der Ausbau eines Sozialstaats, der nicht bloß eine Versorgungshilfe für Bedürftige ist sondern ein Sozialstaat für alle und ein Leben in sozialer Sicherheit. Können diese Grundüberzeugungen, die ihre Folgerungen aus der Großen Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre im 20. Jahrhundert gezogen haben, abermals zur Lösung der gegenwärtigen Krise beitragen?

## **II. „Der Geist von 1945“: Aufbruch und konzeptioneller Neuanfang**

Gibt es Vorbilder für einen mutigen gesellschaftspolitischen Aufbruch oder einen Neustart aus einer Krise? Ist es das Jahr 1919, als die erste deutsche Demokratie ausgerufen wurde, Gewerkschaften als gleichwertige Vertragspartner anerkannt wurden, erstmals ein Betriebsrätegesetz, Mitbestimmung und Tarifverträge gesetzlich geregelt wurden? - Übrigens alles Forderungen, für welche die christlich-sozialen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in der Kaiserzeit kräftig gekämpft hatten. Oder ist es das Jahr 1919, das für den Beginn des Sozialstaates steht? Oder das Jahr 1944, als das Bretton-Woods-Abkommen geschlossen wurde und eine 30-jährige Episode ohne Finanzkrisen

einleitete? Oder das Jahr 1947, als die nordrhein-westfälische CDU in ihrem Ahlener Programm erklärte: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Gefordert wurde eine neue Wirtschaftsordnung, die „dem Recht und der Menschenwürde entspricht“. 1948 hatte Ludwig Erhard eine sozial regulierte Marktwirtschaft eingeführt, die bis Ende der 1970er Jahre einen beispiellosen soziale Ausgleich und Teilhabe aller am wirtschaftlichen Aufschwung sichern sollte. Sein späterer Staatssekretär Alfred Müller-Armack hatte 1946 den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft als Begriff für einen Neuanfang und ein weitreichendes Reformvorhaben geprägt, das seine Folgerungen aus dem Scheitern des freien Marktes gezogen hat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es einen breiten Konsens in allen Ländern Europas und auch in den USA, eine Welt „ohne Furcht und ohne Not“ zu schaffen. Mit dieser Leitformel hatten die Alliierten 1941 in der Gründungsurkunde, der *Atlantic Charta*, eine sozialstaatliche Entwicklung in Europa angestoßen. Die Frage war nicht, wie man nur den Krieg gewinnen konnte, um dann zur Normalität zurück zukehren, sondern wie man dafür sorgen konnte, dass sich die Erfahrungen von 1914 bis 1945 nicht wiederholten. Der US Präsident Franklin D. Roosevelt erklärte in seiner Botschaft an den Kongress 1941 die „Freiheit von Not“ zu einer der zu verwirklichenden „Four Free-doms“. Nur drei Jahre später plädierte die Internationale Arbeitsorganisation in Philadelphia 1944 nachdrücklich für die Einführung eines Systems sozialer Sicherheit, einschließlich eines Rechts auf ein sicheres Einkommen. William Beveridge legte 1942 einen Plan zur Reform des britischen Wohlfahrtsstaates vor, der nach 1945 unter der Labour Regierung Zug um Zug umgesetzt wurde. Der Beveridge-Plan formuliert vier Aufgabe: *Jobs* (Arbeitsplätze), *homes* (Wohnungen), *health* (Gesundheitsversorgung), *education* (Bildung) und *a decent standard of living* (ein angemessener Lebensstandard).

In Frankreich hatte der Nationale Widerstandsrat (*Conseil national de la Résistance*) mitten im Krieg 1944 ein Programm veröffentlicht, das eine „gerechte Sozialordnung“ mit einem Pan sozialer Sicherheit vorsah. Dazu gehörte, ein „Recht auf Arbeit“, ein „Recht auf Erholung“, ein existenzsichernder und ausreichender Lohn für ein Leben in Würde sowie „die Errichtung einer echten wirtschaftlichen und sozialen Demokratie unter Ausschluss des Einflusses der großen im Wirtschafts- und Finanzbereich bestehenden privaten Herrschaftsdomänen auf die Gestaltung der Wirtschaft“.<sup>1</sup> Gegründet wurde die bis heute bestehende Sozialversicherung *Sécurité Sociale*. 1946 wurde die „Planification“, eine zentrale Planung für die wirtschaftspolitische Entwicklung des Landes geschaffen

Auch in Deutschland gab es eine solchen „Geist von 1945“. In erste nach dem Krieg verfasste und durch eine Volksabstimmung 1946 bekräftigte Landesverfassung in Hessen formulierte einen durchaus vergleichbaren programmatischen Neuanfang, wenn es heißt: „Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen.“ (Art. 38 HLV)

---

<sup>1</sup> [http://fr.wikisource.org/wiki/Programme\\_du\\_Conseil\\_national\\_de\\_la\\_R%C3%A9sistance](http://fr.wikisource.org/wiki/Programme_du_Conseil_national_de_la_R%C3%A9sistance)

Dazu formuliert sie wie auch die Bayerische Landesverfassung aus demselben Jahr konkrete soziale Rechte und Menschenrechte.

Das *Ahlener Programm* aus dem Jahr 1947 ist ein typisches Dokument aus dem „Geist von 1945“, welches das Denken und die Grundüberzeugung der Mehrheit in jener Zeit wiedergibt. Sein Leitsatz lautet: „Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialordnung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht.“ Die Zeit unumschränkter Herrschaft des privaten Kapitalismus ist vorüber. Mitbestimmung, Genossenschaften und Sozialisierung wurden gefordert. Vor allem aber sollten Selbstverwaltungskörperschaften Planungs- und Lenkungsaufgaben wahrnehmen, damit die Wirtschaft dem Wohlergehen der Menschen dienen könne. So fremd sich manches davon heute anhört, so war dies doch keine Jugendsünde, sondern Ausdruck eines europäischer Gesamtkonsenses, der seine Folgen aus dem Scheitern des Freien Marktes in den Vorkriegszeiten gezogen und eine Neukonzeption gewagt hatte.

Auch die Soziale Marktwirtschaft, wie sie 1946 von Alfred Müller-Armack konzipiert wurde, gehört zu dem konzeptionellen Neuanfang aus dem „Geist von 1945“. Zum Konzept dieser wirtschaftlichen Neuordnung gehört, „bewusst gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft“<sup>2</sup> und eine klare Grenze für den Markt. Der Staat hat also nicht nur den Wettbewerb zu ordnen, sondern muss auch am Gemeinwohl orientierte Schutzzonen sichern, die dem Wettbewerb nicht überlassen werden dürfen. Dafür sie eine „starke und umsichtige Politik staatlicher Marktpolizei“<sup>3</sup> wichtig. Aus dem Staat mit einer „Marktpolizei“ ist längst ein Staat geworden, der den Wettbewerb auch und gerade dort inszenieren will, wo er ihn zuvor verhindern wollte. Ganze Bereiche gerade der Daseinsvorsorge, in der Pflege oder dem Gesundheitsdienst sind längst privatisiert und zu einem einträglichen Geschäft gemacht worden. So lässt sich eine Umkehrung feststellen: Während die Soziale Marktwirtschaft anfangs gerade um der Humanität willen den Markt begrenzen wollte, wird dem Markt jetzt ohne „Marktpolizei“ eine wohlförderungsfördernde Funktion zugeschrieben.

Man hatte Angst vor einen Rückfall in vergangene Zeiten und ging gemeinsam daran, die Freiheit der Märkte im Interesse der Allgemeinheit einzuschränken. Die Macht der Konzerne und des Geldes sollte eingeschränkt, eine soziale Demokratie mit sozialen Rechte geschaffen werden und soziale Sicherheit für jedermann. Das Gemeinwohl solle über dem Interesse des Einzelnen stehen, eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes sollte sichergestellt werden. Der Konsens war ungewöhnlich breit: Von den New Dealers bis zu den deutschen Theoretikern der Asozialen Marktwirtschaft, von der britischen Labour Party bis zu den Vertretern eine Wirtschaftsplanung in Frankreich glaubten alle an den Staat und kaum jemand noch an die Kraft des Marktes. Hatte man bislang dem Staat nur eine Nebenrolle zugebilligt, so wurde er jetzt zum Garanten einer zum Wohl der Menschen regulierten Wirtschaft. Kurz gesagt: nach 1945 gab es eine wahre Revolution. Aus diesem Grund wurden hohe Steuern auch nicht als Zumutung

---

<sup>2</sup> A. Müller-Armack, *Wirtschaftsordnung, und Wirtschaftspolitik* (1946), in: ders., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, 2. Aufl. Bern / Stuttgart Freiburg 1976, 109.

<sup>3</sup> A. Rüstow, *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus als religionsgeschichtliches Problem*, Istanbul 1945, 94.

empfunden. Steuern waren das entscheidende Instrument der Wirtschafts- und Sozialpolitik. In England wurden solch hohe Steuersätze eingeführt, dass es 1948 nur noch 70 Personen gab, die über ein persönliches Einkommen von mehr als 6000 Pfund (nach Steuern) verfügten, gegenüber 7000 nur zehn Jahre zuvor im Jahr 1938. Bis in die achtziger Jahre hinein lag der Spitzensteuersatz in Deutschland bei 56 Prozent. Sogar in den USA gab es ab 1936 einen Spitzensteuersatz von fast 80 Prozent für hohe Jahreseinkünfte. Bis in die siebziger Jahre führten Topverdiener damals insgesamt rund 70 Prozent des Einkommens an den Fiskus ab. Von den dreißiger Jahren an begann sich in den Industriestaaten die Schere zwischen Reich und Arm zunächst zu schließen. Erst Ronald Reagan drückte den Höchstsatz dann von 70 auf 28 Prozent. Seitdem kann wieder ungestört Geld verdient werden. 1974 wurde der Steuersatz in Deutschland von 53 Prozent auf 56 Prozent angehoben, bis ihn die Regierung Schröder im Jahr 2005 auf 42 Prozent absenkte.

Auch in Deutschland gab es auch so etwas wie einen „Geist von 1945“: Die Entwicklung des deutschen Sozialstaates und der Wirtschaftsverfassung schien ab 1945 bis Mitte der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts auf eine weithin von Armut, soziale Ungleichheit, anständigen Löhnen und einer mehr oder weniger gerechten Verteilung des Sozialproduktes hinzusteuern. Die Altersarmut wurde beseitigt. Kündigungs- und Arbeitsschutz sowie Mitbestimmungsrechte und verbindliche tarifliche Normen galten allenthalben. Niedriglöhne waren in den Betrieben eigentlich unbekannt. Die Gewerkschaften konnten allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge durchsetzen. Die Arbeitsplätze waren sozial sicher. Die Macht des großen Geldes war gebändigt. Der Interessenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit wurde durch sozialstaatliche Einrichtungen „zivilisiert“. Der Westen erlebte Jahre von Wohlstand und sozialer Sicherheit. Nicht nur für Deutschland sondern auch für die USA, Frankreich und Großbritannien nennt man diese Zeit zwischen 1949 und 1974 ein „Goldenes Zeitalter“. Das solle nicht als Verklärung vergangener Zeiten gesagt sein, wohl aber um den Blick auf eine Zeit klar machen, die wir verloren haben.

Doch eine Revanche gleich einer „Konterrevolution“ kam. Gescheiterte Ideen konnten erneut triumphieren. Der Staat wurde nicht mehr Lösung angesehen – er war das Problem. Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung wurden zu den Leitbegriffen wirtschaftspolitischen Handelns. Die Gegenkräfte zu der fortschrittlichen sozialökonomischen Entwicklung vermochten es, die durch die Wachstumskrise Mitte der 70er Jahre ausgelöste Verunsicherung zu ihren Gunsten auszunutzen. Als der Sozialstaat in jene Krise geriet, die die neoliberalen Gegner einer sozial regulierten Marktwirtschaft immer schon prophezeit hatten, fanden sie Gehör. Sie leiteten eine politische Richtungsänderung ein, die sich bis in die Gegenwart fortsetzt. Hohe Steuern wurden wieder als Hindernis für Wirtschaftswachstum und Effizienz angesehen. Die staatliche Regulierung wurde als Grund für die Behinderung von unternehmerischer Initiative ausgemacht. Die Parole „weniger Staat, mehr Markt“ fand wieder Gehör. Ein privatwirtschaftliches Renditedenken setzte sich durch und unter dem Motto „Mehr Markt- weniger Staat“ gab man die Marktsteuerung frei. So stieg der Reichtum auf ein historisch beispielloses Niveau. Doch diese Reichtumskonzentration geht mit einer Ausbreitung von privater und öffentlicher Armut einher. Die staatliche Zukunfts- und Altersvorsorge wurde privatisiert und insgesamt wurde die solidarische Risikoabsicherung nicht nur ausgedünnt sondern auch in privatwirtschaftlich organisierte Vorsorge überführt und zu einem Geschäft der Versicherungswirtschaft mit ihren Renditeabsichten geopfert. Solidarität und Gerechtig-

keit wurden zu einem Unwort, Geiz und Gier allenthalben populär. Während oben Millioneinheiten bezahlt werden, gibt es keinen gesetzlichen Mindestlohn.

Hans Olaf Henke, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, ging davon aus, „daß die Marktwirtschaft an sich moralisch ist und daß sie es nicht dadurch wird, daß man sozialpolitische Argumente hereinbringt.“<sup>4</sup> Diese Aussage markiert die Abkehr von der Ursprungsversion der Sozialen Marktwirtschaft. Jetzt wird dem freien Markt jene soziale Qualität zugeschrieben, die zuvor gerade von einer Intervention in den Markt durch gestaltende Politik im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft erwartet wurde. Damit war der Weg frei für eine Politik der Deregulierung und Flexibilisierung. Sie übte einen Druck auf das bisher mit der Sozialen Marktwirtschaft beschriebene ordnungspolitische Konzept aus und konnte nicht verhindern, dass das ordnungspolitische Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zunehmend in den Sog des Finanzkapitalismus geriet und entkernt wurde. Diese politische Neuausrichtung ist nicht allein institutioneller Art, sondern auch Ausdruck einer Erosion jener moralischen Basis, welche den „Geist von 1945“ geprägt hatte. Der Einbau von Elementen der Eigenverantwortung in die solidarischen Sicherungssysteme höhle die gesellschaftliche Solidarität, deren Ausdruck die solidarisch getragene Sozialversicherung ist, aus. Wurden hohe Steuern zuvor noch als Beitrag zum Gemeinwesen gewertet, so führte die schleichende Delegitimierung der Solidarität zu massiven Steuerkürzungen. Anschaulich wird dieser Umbruch in Peter Sloterdijks Auslassung über den Staat, dem er vorwirft, ein „Dieb an der Macht“ zu sein.<sup>5</sup> Die „Enteignung durch die Einkommenssteuer“ sei im Grunde eine „Ausbeutung der Produktiven durch die Unproduktiven“. Die Entwertung des Sozialstaates ist Ausdruck einer Deformation der Solidarität, welche die ethisch-moralischen Grundlagen auch der Sozialen Marktwirtschaft unterminiert. Als der moralisch-ethische Konsens zerbrach, schwand nicht nur die normative Grundlegung der Sozialen Marktwirtschaft sondern auch die Gewerkschaften, die über eine beachtliche Verhandlungs- und Organisationsmacht verfügten, gerieten zunehmend in die Defensive.

In einem seiner letzten Vorträge hatte der über 95-jährige Oswald von Nell-Breuning 1986 resigniert das Resümee gezogen, dass sich der Gehalt der Sozialen Marktwirtschaft als „reichlich mager“ herausgestellt habe.<sup>6</sup> Schon zu Beginn der 50er Jahre hatte er kritisiert, dass die Soziale Marktwirtschaft allenfalls eine „theoretische Begleitmusik“ für die Bundesrepublik sei. Müller-Armack entgegnete, dass die Soziale Marktwirtschaft eine „theoretische Programmmusik“ sei. Bereits 1955 hat er dazu gesagt: „Es ist keine Rede davon, dass ich sage, das faktisch Bestehende sei soziale Marktwirtschaft. ... Die Soziale Marktwirtschaft ist der Entwurf einer möglichen, bisher nur teilweise realisierten Konzeption.“ Doch von allen konzeptionellen Neuansätzen sei nach Nell-Breuning nun nichts mehr als ein „sozial temperierter Kapitalismus“ übrig geblieben.

Was unter Sozialer Marktwirtschaft verstanden wird, ist umstritten. Alfred Müller-Armack versteht die Soziale Marktwirtschaft in der frühesten Darstellung als „bewusst gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft“<sup>7</sup>. Das ist mehr als Marktwirtschaft plus

---

<sup>4</sup> Zit. in: FAZ vom 13.1.1995.

<sup>5</sup> P. Sloterdijk, Die Revolution der gebenden Hand, FAZ 13.6.2009.

<sup>6</sup> O. von Nell-Breuning, Den Kapitalismus umbiegen. Schriften zu Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft, Düsseldorf 1990, 233ff.

<sup>7</sup> A. Müller-Armack, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik (1946), 109.

sozialen Ausgleich, denn Müller-Armack wollte „soziale Gerechtigkeit ... zum integrierenden Bestandteil unserer Wirtschaftsordnung“<sup>8</sup> machen. Die Ursprungsversion der Sozialen Marktwirtschaft verstand sich als eine Alternative im Kapitalismus, der sogar die Fähigkeit zugetraut wurde, den Kapitalismus so sehr zu verändern, dass sie in der Lage sei, „mehr Sozialismus mit mehr Freiheit zu verbinden.“<sup>9</sup> Doch Müller-Armack hat sein Konzept keineswegs widerspruchsfrei und eindeutig beschrieben. So sprach er später davon, das „Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs verbinden“<sup>10</sup> zu verbinden. Der Markt wird hier nicht mehr sozial gesteuert, sondern als ein System verstanden, das sich selber steuert und dem ein Sozialstaat für den sozialen Ausgleich zur Seite gestellt wird.<sup>11</sup> Mit dem Namen Müller-Armack sind deshalb widersprüchliche Konzeptionen von Sozialer Marktwirtschaft verbunden.

Die Ordoliberalen wissen zwar um die Defizite der Marktwirtschaft, erwarten aber von einem starken Staat nur, dass er Wettbewerb und Geldwert sichert. Für die heutigen marktradikalen Neoliberalen ist eine Marktwirtschaft dagegen an sich sozial. Deshalb sind lenkende Interventionen durch die Politik nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich. Geradezu empörend ist, wie sich die von den Metallarbeitgebern gesponserte „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ den Mantel einer sozialen Marktwirtschaft umhängt, um den fundamentalen Bruch mit der bestehenden Sozial- und Wirtschaftsverfassung und der herkömmlichen Sozialen Marktwirtschaft zu verschleiern. So kann der Botschafter der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ Randolph Rodenstock die Soziale Marktwirtschaft so erklären: „Die Marktwirtschaft ist an sich sozial und basiert auf Leistungs- und Chancengerechtigkeit.“<sup>12</sup> Der Slogan „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard) wurde in das Motto „Chancen für alle“ umgebogen. Gemessen an den theoretischen Grundannahmen und der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft stellt dies nicht nur einen Rückfall in den überwunden geglaubten altliberalen Wirtschaftsauffassungen dar. Wer solche Zielvorstellungen mit dem Etikett der Sozialen Marktwirtschaft versieht, der betreibt einen unverfrorenen Etikettenschwindel. Für Müller-Armack war es eine zentrale Gewissheit, dass die Marktwirtschaft eben nicht von sich aus sozial ist. Begründer der Sozialen Marktwirtschaft wie Alfred Müller-Armack haben vor genau jeder Fehlentwicklung gewarnt, die wir heute erleben.

Der Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom Juli 1990 definierte die Soziale Marktwirtschaft „durch Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen“ (Art. 1, Abs. 3). Der Vertrag benennt die „Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft mit der freien Entscheidung der Unternehmer über Produkte, Mengen, Produktionsverfahren,

---

<sup>8</sup> A. Müller-Armack, Vorschläge zur Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft (1948), in: ders., Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, 2. erw. Aufl. Bern 1981, 91.

<sup>9</sup> A. Müller-Armack, Zur Diagnose unserer wirtschaftlichen Lage (1947), in: ders., Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, 2. erw. Aufl. Bern / Stuttgart 1981, 58.

<sup>10</sup> A. Müller-Armack, Soziale Marktwirtschaft (1956), in: ders., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, 2. Aufl. Bern / Stuttgart Freiburg 1976, 243.

<sup>11</sup> F. Segbers, Rheinischer Kapitalismus oder amerikanischer Kapitalismus. „... der regulativen Idee der Gerechtigkeit den Abschied geben.“ in: M. Huhn, F. Segbers, W. Sohn (Hg.), Gerechtigkeit ist unteilbar. Beiträge zum Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen, Bochum 1997, 19-23.

<sup>12</sup> R. Rodenstock, Chancen für alle. Die Neue soziale Marktwirtschaft, Köln 2001, 25.

Investitionen, Arbeitsverhältnisse, Preise und Gewinnverwendung“ (Art. 11 Abs. 2). Hier wird die Soziale Marktwirtschaft als freie Marktwirtschaft ohne Regulierung des Staates ganz im Sinne der marktradikalen Neoliberalen definiert. Aber worin das „Soziale“ der Sozialen Marktwirtschaft bestehen könnte, benennt der Vertrag nicht. – Und genauso ist die Soziale Marktwirtschaft auch in den Neuen Bundesländern angekommen.

Das DBG-Grundsatzprogramm hatte sich 1996 in Dresden erstmals für eine Hinwendung zum Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft ausgesprochen. Manche kommentierten diesen Beschluss als historische Erfolgsgeschichte, denn nun hätten Gewerkschaften und Soziale Marktwirtschaft, die als feindliche Geschwister in der Gründungsphase der Gewerkschaften gestartet wären, sich im Laufe der Jahre angenähert und ihre innige Verwandtschaft entdeckt. Andere wiederum kritisieren diese neu entdeckte Verwandtschaft als Zeichen einer Defensive, in welche die Gewerkschaften in der Krise der Zeit des Finanzmarktkapitalismus geraten seien. Öffentliche Bekenntnisse für die Soziale Marktwirtschaft hat der DGB Vorsitzende Michael Sommer anlässlich des 60. Jahrestages 2008 „hohl, wenn nicht gar verlogen“ genannt: „Denn das Experiment, Marktwirtschaft mit sozialem Ausgleich menschenwürdig zu gestalten, droht zu scheitern: an unregulierten Finanzmärkten, an wirtschaftsliberalen Politikern in Berlin und Brüssel, an Managern sowie am Europäischen Gerichtshof, die allesamt die Freiheit des Marktes vor Arbeitnehmerrechte und Würde der Menschen setzen.“<sup>13</sup> Auch sollte nicht die Gefahr verkannt werden, dass das „Soziale“ in der Sozialen Marktwirtschaft der Gegenwart längst zu einem „überflüssigen Anhängsel“ zu verkommen droht.

Auch die beiden Kirchen haben sich in den Definitionsstreit um die Soziale Marktwirtschaft in ihrem Wirtschafts- und Sozialwort von 1997 ein. Für sie ist der Sozialstaat, „nicht als ein nachgeordnetes und je nach Zweckmäßigkeit beliebig zu ‚verschlankendes‘ Anhängsel der Marktwirtschaft“ ist, sondern stellt einen „eigenständigen moralischen Wert“ (Ziff. 133) dar. Die Kirchen verstehen Soziale Marktwirtschaft mit Müller-Armack als eine „bewusst sozial gesteuerten Marktwirtschaft“ (Müller-Armack, zit. in: Ziff. 143). Damit schließen sie der Ursprungsversion der Sozialen Marktwirtschaft an, die sie mit fünf Komponenten erläutern:

- eine gerechte Verteilung und Beteiligung der Menschen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben;
- Verantwortung von Arbeitgeber und Gewerkschaften für die Aushandlung fairer und gerechter Arbeitsbedingungen;
- marktwirtschaftliche Effizienz und der soziale Ausgleich durch den Sozialstaat als sich wechselseitig bedingende Momente;
- gerechte Verteilungsprozesse;
- ein Wirtschaftsbürgerrecht, das die Objektstellung der Arbeitnehmer überwindet und sie zu Subjekten im Sozialprozess der Güterherstellung macht (Ziff. 143, auch Ziff. 172).

Die Kirchen unterstellen mit diesen Optionen offene Flanken des Marktes und weisen dem Staat die Aufgabe zu, diese zu schließen.

---

<sup>13</sup> M. Sommer, in: Die Welt vom 6. August 2008.



### III. Auswege aus der Krise

Es muss nicht eigens betont werden, dass die derzeitigen Herausforderungen gänzlich andere sind als jene der Nachkriegszeit. Nicht Not und Unterversorgung sind prägend sondern ein nie dagewesener gesellschaftlicher Reichtum. Und dennoch erleben wir die Wiederkehr der sozialen Frage, der sozialen Ungleichheit und sozialen Unsicherheit. Der europaweite „Geist von 1945“ wollte die soziale Sicherheit, die Beteiligungs- und Teilhaberechte den Angelpunkt staatlicher Sozialpolitik ausmachen sollten. Diese zu gewährleisten stellt auch eine zentrale Herausforderung der Gegenwart dar.

Die Idee und Konzeption einer Sozialen Marktwirtschaft enthält eine Krisenanalyse und eine ordnungspolitische Folgerung zur Verhinderung zukünftiger Krise. Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa hat eine ordnungspolitische Vorgeschichte, die in der Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte besteht. Man glaubte, dass freie Finanzmärkte effizient und selbstregulierend seien und geriet wieder in genau jene Krise, welche durch die Neuansätze nach dem Zweiten Weltkrieg durch Regulierung der Märkte ausgeschlossen werden sollten. Die Weltwirtschaftskrise begann auch 2007 als Finanzkrise. Sie ist nicht unähnlich der Krise Ende der 20-er Jahre des letzten Jahrhunderts, die auch als Finanzkrise begann. Das erinnert an Oswald von Nell-Breuning, der ein Jahr vor dem großen Crash an der Wall Street 1928 in seinem Buch „Grundzüge der Börsenmoral“ „jene ins Maßlose sich auswachsende Gier“ gegeißelt und gefragt hatte: „Warum nicht 100? Und schließlich ist gar kein Grund einzusehen, warum man nicht 1000, 10.000 und noch mehr Prozent (Gewinn, F.) mitnehmen solle.“<sup>14</sup> Abermals haben Deregulierung und Flexibilisierung zu einer Wirtschaftskrise geführt. Die Krise ist auch eine Folge des Abschieds vom „Geist von 1945“. Deshalb ist die Erinnerung an Alfred Müller-Armack hochaktuell, wenn er sagt: „Das Zutrauen in die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft hat sich den Wirtschaftskrisen gegenüber nicht behaupten lassen. Auch hier ist die Haltung des Liberalismus Ausdruck einer Passivität, die uns heute unvertretbar erscheint.“<sup>15</sup> Müller-Armack ging wie Keynes von der Instabilität der Märkte aus und forderte deshalb sie politisch durch eine programmatische Intervention zu stabilisieren.

Bewusste soziale Regulierung des Marktes, Aufbau eines Sozialstaates und eine klare Grenze für den Markt waren die zentralen Grundelemente des wirtschaftspolitischen Aufbruchs nach 1945. Die EKD hatte 2009 ein leider viel zu wenig Beachtung gefundenes Wort zur Finanzkrise *Wie ein Riss in einer hohen Mauer*<sup>16</sup> veröffentlicht. Die EKD erinnern daran, dass die Idee der Sozialen Marktwirtschaft, die einstmals einen Weg aus der Krise einer Freien Marktwirtschaft gesucht hatte. Sie fordert die Ursprungsversion heute durch Gesichtspunkte der ökologischen Verträglichkeit und der globalen Gerechtigkeit ergänzt werden muss. Der Finanzkapitalismus müsse wieder auf seine Funktion, der Realwirtschaft zu dienen, zurückgeführt werden. Eine auf diesem Leitbild beruhende Rahmenordnung braucht – so die EKD - drei Ziele:

- Eine Wirtschaft, die den Menschen heute dient, ohne die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu zerstören

---

<sup>14</sup> O. von Nell-Breuning, Grundzüge der Börsenmoral, Freiburg 1928, 133.

<sup>15</sup> A. Müller-Armack, Wirtschaftsordnung, und Wirtschaftspolitik (1946), 107.

<sup>16</sup> EKD Texte, Nr. 100.

- Eine Weltgesellschaft, die die Verbesserung der Situation ihrer ärmsten und schwächsten Mitglieder zu ihrer vorrangigen Aufgabe macht
- schließlich ein Finanzsystem, das sich in den Dienst dieser Aufgaben stellt.

Was auf den Finanzmärkten geschieht, hat immer weniger mit der Güter- und Dienstleistungswirtschaft zu tun. Sie müssen wieder zu ihrer Aufgabe zurückfinden, im Dienst der Realökonomie zu stehen und nicht über sie herrschen. Deswegen braucht es strenge Rahmenbedingungen der Weltfinanzmärkte, um ökologisch und sozial zukunftsfähige Ordnungsstrukturen durchzusetzen. Es geht darum die Qualität des Lebens aller auf diesem Globus als Ziel anzuerkennen. Dem ist alles andere nachzuordnen. Deshalb muss das vorherrschende Wachstumsverständnis korrigiert und die Abhängigkeit der Wirtschaft von diesem Wachstum dringend reduziert werden.

Im Hintergrund dieser Überlegungen stehen christlich-ethische Grundüberzeugungen. Der christliche Glaube beruht darauf, dass die Welt von Gott ins Leben gerufen wurde und den Menschen anvertraut worden ist. Diese treuhänderische Verantwortung für Gottes Schöpfung drückt sich insbesondere darin aus, dass jede Generation immer wieder gehalten ist, die Möglichkeiten der Welt so weiterzugeben, dass deren Leben weder bedroht noch beeinträchtigt ist, sondern im Gegenteil möglichst nachhaltiger und gerechter gestaltet werden kann, als das der jetzt Lebenden. Auf dieser Grundlage kann man ein nachhaltiges Wirtschaften betreiben, das nicht auf ein Wirtschaftswachstum an sich und auf höchstmögliche Gewinne um jeden Preis ausgerichtet ist, sondern die Lebensmöglichkeiten der Menschheit als oberstes Ziel im Blick behält. Von einer solchen treuhänderischen Mehrgenerationenperspektive her ist der Raubbau an der Natur und an den Ressourcen die Logik der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur nicht zu verantworten.

Konfusion entsteht, wenn nicht zwischen einem Leitbild einer Sozialen Marktwirtschaft und dem real existierenden Wirtschaftssystem unterschieden wird. Doch wichtig ist auch eine weitere Unterscheidung zwischen der Ursprungsversion und der Niedergangsversion der Sozialen Marktwirtschaft. Müller-Armack hatte die Soziale Marktwirtschaft als „bewusst gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft“<sup>17</sup> definiert. Wie kann eine sozial und zwar bewusst sozial und ökologisch gesteuerte Marktwirtschaft zurückgewonnen werden? An welchen Normen kann man sich orientieren bei der bewussten Steuerung der Marktwirtschaft? Gerade Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich auf christlich-soziale Traditionen berufen sollten die anspruchsvolle Bezeichnung einer Sozialen Marktwirtschaft nicht mächtigen Interessenvertretern besonders aus der Wirtschaft überlassen. Sie wissen aber auch, dass das „Soziale“ immer gegen den Widerstand erkämpft worden ist. Umstritten sind nicht nur gerechte Löhne oder Arbeitsbedingungen – auch Begriffe und Leitbilder von einer gerechten Wirtschaft. Bei dieser Frage geht es aber nicht um einen abstrakten Streit um Begriffe sondern darum, wie zukünftig unser Sozialstaat und unsere Gesellschaft aussehen sollen. In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Was heißt sozial und ökologisch befriedigend?

---

<sup>17</sup> A. Müller-Armack, Wirtschaftsordnung, und Wirtschaftspolitik (1946), 109.

#### **IV. Konturen einer Sozialen Marktwirtschaft, die ihren Namen verdient: eine demokratische, sozial regulierte und ökologisch nachhaltige Marktwirtschaft**

Nachdem die Soziale Marktwirtschaft zu einem Allparteien-Diktum verkommen ist, dessen inhaltliche Bestimmung vage und widersprüchlich ist, sollte aus gewerkschaftlicher Sicht deutlich gemacht werden, welche Konturen eine Soziale Marktwirtschaft haben sollte, die ihren Namen verdient. Gerade sie müssten einen Schritt über das hinaus tun, was Oswald von Nell-Breuning einen „sozial temperierten Kapitalismus“ genannt hatte. Von ihrem ursprünglichen Verständnis her muss eine Wirtschaftsordnung entworfen werden, deren Maßstab die soziale und ökologische Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft ist. Wenn diese Gesichtspunkte leitend sind, dann lassen sich folgende Konturen einer sozial und ökologisch befriedigenden Wirtschaftsweise zeichnen:

##### *1. Menschenwürde*

An erster Stelle ist mit dem Ahlener Programm von 1947 zu betonen, dass eine Wirtschaftsordnung, „dem Recht und der Würde des Menschen entspricht.“ Zur Menschenwürde gehört nicht nur die Sicherstellung der elementaren Lebensbedingungen, sondern auch das Recht auf Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten der eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Zu einer sozial gerechten Wirtschaft gehören auch demokratische Wirtschaftsbürgerrechte, welche die Objektstellung der Arbeitnehmer überwinden und sie zu Subjekten im Sozialprozess der Güterherstellung machen. Es gehört zu den Rechten als Ausdruck der Menschenwürde, die Lebensumstände durch Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb im Unternehmen und über Tarifverträge mitgestalten zu können. Mitbestimmung ist deshalb nicht ein Wettbewerbsinstrument, sondern ist ein Ausdruck der Würde des Menschen. Sie leitet sich deshalb auch nicht von den eingeschränkten Rechten des Kapitals her. Jeder Arbeitnehmer, jede Arbeitnehmerin hat ein Recht auf Mitgestaltung und Mitbestimmung, das in der Mitarbeit im Unternehmen begründet ist. Dieses Recht ist ein Ausdruck der Menschenwürde.

##### *2. Priorität der Arbeit, Priorität für die Arbeit vor dem Kapital*

Jeder Mensch muss Subjekt des Sozialprozesses der Wirtschaft sein und kein bloßes Objekt. Deshalb hat Arbeit Vorrang vor dem Kapital und vor den Finanzmärkten. Es ist immer der Mensch, der arbeitet und deshalb ist die Arbeit unter dem anthropologisch-personalen Aspekt auch der eigentliche Produktionsfaktor in der Wirtschaft. Jede Art von Vorrangstellung des Kapitals vor der Arbeit entbehrt der Begründung. Aus der Herrschaft über Sachen lässt sich nicht zugleich auch eine Herrschaft über Menschen legitimieren. Der faktische Vorrang des Kapitals vor der Arbeit, wie er in einer kapitalistischen Marktwirtschaft besteht, entspricht nicht dem Wesen der Sache und muss deshalb beseitigt, ausgeräumt oder irgendwie unschädlich gemacht werden. Die Forderung der Priorität der Arbeit ist ein hochaktuelles Gegenprogramm. Priorität der Arbeit, Priorität für die Arbeit ist eine sozialetische ökumenische Leitidee, die seit 1981 auch durch Johannes Paul II. mit dem Grundsatz des „Vorrangs der Arbeit vor dem Kapital“ herausgestellt wurde.

##### *3. Verdienst und humane Arbeitsbedingungen*

Eine sozial gerechte Wirtschaftsordnung muss sicherstellen, dass jeder, der arbeiten will und kann, auch Arbeits- und Verdienstgelegenheiten hat. Arbeit um jeden Preis und zu jedem Preis widerspricht der Würde des Menschen. Arbeit muss so sein, dass der Verdienst zu einem Leben in Würde reicht. Ein anständiger Mindestlohn in einer Höhe, die vor Armut schützt, ist deshalb auch das Mindeste. Doch darüber hinaus müssen

Löhne normativ und tariflich abgesichert werden. Tarifbindung der Löhne ist ein wichtiges Kennzeichen einer sozial befriedigenden Marktwirtschaft.

#### *4. Bewusst soziale Steuerung der Wirtschaft und gerechte Verteilung des Ertrags der Wirtschaft*

Eine sozial gerechte Wirtschaftsordnung ist eine Wirtschaftsordnung, in welcher der Ertrag der Wirtschaft sozial gerecht verteilt wird. Der Staat ist gefordert, im Interesse des sozialen Ausgleichs in den Wirtschaftsprozess einzugreifen und eine Wirtschaftsordnung zu schaffen, in der Gerechtigkeit zu einem integrierenden Bestandteil der Wirtschaftsordnung wird. Das ist mehr als nachträglich soziale Ungleichheiten auszugleichen. Wenn seit Jahren die Lohnquote sinkt und die Gewinnquote der Unternehmen steigt, ist das ein Indiz, dass es ungerecht zugeht. Armut trotz Armut ist für eine starke Volkswirtschaft wie in Deutschland ein unerträglicher Skandal.

#### *5. Bewusst soziale Steuerung und gerechte Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung*

Eine sozial gerechte Wirtschaftsordnung verteilt aber nicht nur der Ertrag der Wirtschaft gerecht sondern nutzt den Ertrag und die Produktivität auch für eine gerechte Verteilung der Arbeitszeit. Die Produktivitätsgewinne dürfen nicht allein den *Shareholder* zugutekommen, sondern müssen auch zur Finanzierung einer Arbeitszeitverkürzung verwendet werden. Immer mehr Beschäftigte leiden unter Arbeitszeitdruck und Arbeitsverdichtung.

Diese fünf zentralen Aufgabenfelder markieren eine deutliche Alternative zum herrschenden krisenverursachenden Neoliberalismus. Sie berühren zudem die Machtverhältnisse in der Gesellschaft. Das erklärt auch, warum die Sozialen Marktwirtschaft unisono beschworen wird, aber die Inhalte einer Sozialen Marktwirtschaft, die diesen Namen verdient, umstritten sind. Ohne starke, bewusst soziale und ökologische staatliche Regulierung – wobei Staat und Staatlichkeit keineswegs im Nationalstaat aufgehen – kann es keinen sozial gerechte und zukunftsfähige Marktwirtschaft geben. Soziale Erungenschaften stellen sich nicht von selber ein. Doch eine sozial gerechte Marktwirtschaft braucht auch starke Gewerkschaften. Bei allem aber brauchen wir wieder eine neue Wertschätzung der Werte Solidarität und Gerechtigkeit. Sie bilden die Grundlage für das ethisch anspruchsvolle Konzept einer sozial und ökologisch regulierten Marktwirtschaft. Ein solchermaßen verstandenes Leitbild einer Sozialen Marktwirtschaft ist durchaus in der Lage, sich auf der Grundlage von Humanität, Menschenwürde und dem Vorrang der Arbeit vor dem Kapital eine Alternative zu formulieren.

Dazu wünsche ich der Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Kolleginnen und Kollegen der IG Metall zum 50. Jahrestag ihrer Gründung viel Mut und Durchsetzungskraft.